

## Vorlage Stadtparlament

Datum	2. Juni 2026
Beschluss Nr.	1576
Aktenplan	521.00 Verkehrsbetriebe, Betrieb: Allgemeines

### **Verkehrsbetriebe St.Gallen, Betriebsgebäude Steinachstrasse 42, Erweiterung Büroarbeitsplätze; Kredit mit besonderem Beschluss**

#### **Antrag**

Wir beantragen Ihnen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Projekt zur Erweiterung der Büroarbeitsplätze durch Umnutzung des Betriebsgebäudes der Verkehrsbetriebe St.Gallen (VBSG) an der Steinachstrasse 42 mit Kosten von CHF 353'000 (exkl. MWST) wird zugestimmt und dafür mit besonderem Beschluss ein entsprechender Kredit zulasten der Investitionsrechnung der VBSG erteilt.

---

#### **1 Ausgangslage**

Das Stadtparlament hat am 20. November 2018 die Durchführung eines Studienauftrags mit Erarbeitung eines Vorprojekts für ein neues Busdepot für die Verkehrsbetriebe und die Zentralisierung der Werkstätten und Büroräume der Direktion Technische Betriebe genehmigt und dafür einen Verpflichtungskredit im Umfang von CHF 2'529'000 erteilt ([Vorlage des Stadtrats Nr. 2217 vom 23. Oktober 2018](#), vom Stadtparlament unverändert genehmigt). Angesicht erheblicher Kostensteigerung beantragte der Stadtrat dem Stadtparlament im Jahr 2023, das Bauvorhaben nicht weiterzuverfolgen. Das Stadtparlament ist dem Antrag gefolgt ([Vorlage des Stadtrats Nr. 3430 vom 30. November 2023](#), vom Stadtparlament unverändert genehmigt). Die Projekte für ein neues Depot für die Verkehrsbetriebe sowie für eine Zentrale für die Stadtwerke sollen separat weiterverfolgt werden. Vor diesem Hintergrund hat der Stadtrat die Direktionen Technische Betriebe sowie Planung und Bau beauftragt, einen geeigneten Standort für ein neues Depot für die Verkehrsbetriebe zu evaluieren und die weiteren Planungsschritte festzulegen.

Investitionen in das bestehende Busdepot und die Infrastruktur an der Steinachstrasse 42 wurden aufgrund der Planung für einen potenziellen Neubau an der Rechenstrasse in den vergangenen Jahren nur sehr zurückhaltend vorgenommen. Reparaturen und Unterhaltsarbeiten beschränkten sich auf das Notwendigste. Mit einem neuen Busdepot ist frühestens in rund zehn Jahren zu rechnen. Aufgrund der entstandenen Verzögerung und des aufgelaufenen Instandsetzungsbedarfs sind Massnahmen zum Erhalt des Gebäudes und zur Weiterführung des Betriebs unumgänglich. Aus diesem Grund hat der Stadtrat für die dringendsten baulichen und betrieblichen Instandhaltungsmassnahmen mit Beschluss vom 10. Oktober 2025 Mittel im Umfang von CHF 5'178'600 als gebundene Ausgabe

gesprächen. Er hat die Geschäftsprüfungskommission über die Ausgabe in Kenntnis gesetzt sowie die Öffentlichkeit darüber informiert.

Die geplante vollständige Umstellung auf Elektrobusse sowie der Ausbau der Flotte bis 2032 führt zu einem gesteigerten Platzbedarf für die Busse und bedingt eine entsprechende Ladeinfrastruktur mit einer Anpassung der elektrischen Leistung. Der Ausbau der entsprechenden Infrastruktur ist Teil der etappierten Kredite für die Flottenerneuerung (Vorlagen des Stadtrats Nrn. [1794 vom 29. Mai 2018](#) und [1440 vom 28. April 2026](#)). Das steigende Angebot der Verkehrsbetriebe hat auch dazu geführt, dass die bestehende Einstellhalle an ihre Auslastungsgrenze angelangt ist; die Abstellung der Busse kann zwischenzeitlich nur unter Beanspruchung angemieteter Flächen gelöst werden.

Neben dem aufgelaufenen Instandsetzungsbedarf ist seit dem Bau des Verwaltungsgebäudes im Jahr 1990 auch der Bedarf an Büroarbeitsplätzen angestiegen. Damit der Betrieb für die kommenden rund zehn Jahre angemessen gewährleistet und sich weiterentwickeln kann, sollen die bestehenden Flächen des Verwaltungsbereichs der VBSG an der Steinachstrasse 42 räumlich reorganisiert und optimiert werden.

## **2 Projekt**

Um die zunehmenden organisatorischen Tätigkeiten, die zur Unterstützung des Betriebs notwendig sind, zukunftsgerichtet und angepasst abzudecken, haben die VBSG auf Grundlage der Reorganisation im Rahmen der Strategie 2035 ein Nutzungskonzept für den Verwaltungsbereich entwickelt. Mittels baulicher Anpassungen in den bestehenden Räumlichkeiten können künftig 29 fixe Arbeitsplätze sowie fünf Reserveplätze zur Verfügung gestellt werden. Die vorhandene Fläche wird optimal und verdichtet genutzt. Künftig stehen für 35 Angestellte mit einem Pensum von 33.9 Vollzeitäquivalenten insgesamt 468 m<sup>2</sup> zur Verfügung. Damit kann der vom Stadtrat im Rahmen des Projekts Neuorganisation der Verwaltungsräume definierte Zielwert von 15 m<sup>2</sup> Nutzfläche pro Vollzeitstelle mit durchschnittlich 13.8 m<sup>2</sup> gewährleistet werden.

Anhand einer Vorstudie von HBA und VBSG wurde das Erweiterungspotenzial des bestehenden Verwaltungsgeschosses an der Steinachstrasse 42 geprüft. Die südostseitig angeordneten Büroräume sind mit einer Fläche von mehrheitlich rund 19 m<sup>2</sup> auf Einzelarbeitsplätze ausgelegt und lassen in der bestehenden Konfiguration keine Mehrplatzlösung zu. Mit punktuellen Rückbauten von Bürotrennwänden sollen zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden. So wird unter anderem der Bereich der Leitstelle durch das Entfernen einer Wand vergrössert, wodurch sowohl die Verbindung zum Betrieb sichergestellt als auch zusätzliche Arbeitsplätze erstellt werden können. Zusätzliche Räume sollen zudem mit der Nutzung von bestehenden Freiflächen geschaffen werden. Die derzeit für Archiv und Arbeitskleiderlager im Korridor genutzte Fläche wird in das Untergeschoss verlegt, wodurch Platz für drei neue, natürlich belichtete Büroräume entsteht. Im ehemaligen Grossraumbüro am nordöstlichen Ende wird ein Büro mit geteilten Arbeitsplätzen erstellt, das auch als Sitzungszimmer und Besprechungsraum nutzbar ist. Die Toilettenanlage für Frauen beim Eingangsbereich des Verwaltungsgeschosses wird mit einer zusätzlichen Toilettenanlage erweitert.

Im Sozialgeschoss wird für die Fahrerinnen eine zusätzliche Toilette eingebaut. Die bestehende Frauengarderobe wird durch eine Wand räumlich abgetrennt und erhält einen separaten Zugang. Zudem wird der Pausenraum aufgefrischt und modernisiert.

### 3 Kosten und Finanzierung

Gemäss Kostenschätzung (Genauigkeit  $\pm 15\%$ ) ist für die Erweiterung der Büroarbeitsplätze durch Umnutzung des Betriebsgebäudes der Verkehrsbetriebe mit Kosten von insgesamt CHF 353'000 zu rechnen (Kostenstand Februar 2026). Die Kosten setzen sich wie folgt zusammen:

BKP	Arbeitsgattung	CHF
<b>2</b>	<b>Gebäude</b>	<b>293'000</b>
23	Elektroanlagen	30'000
24	Heizungs-, Lüftungs-, Klimaanlage	15'000
25	Sanitäranlagen	15'000
27	Ausbau 1	90'000
28	Ausbau 2	128'000
29	Honorare	15'000
<b>6</b>	<b>Reserven</b>	<b>46'000</b>
<b>7</b>	<b>Bauherrschaftsleistung</b>	<b>9'000</b>
<b>9</b>	<b>Ausstattung</b>	<b>5'000</b>
<b>2-9</b>	<b>Total (exkl. MWST 8.1 %)</b>	<b>353'000</b>

In der Investitionsrechnung der VBSG sind für die Erweiterung der Büroarbeitsplätze durch Umnutzung des Betriebsgebäudes der Verkehrsbetriebe Mittel von insgesamt CHF 600'000 eingestellt (Konto Nr. 2504001, Abschreibungs-KST 611). Der Kredit mit besonderem Beschluss von CHF 353'0000 gilt als Kostendach.

<b>Investitionsrechnung</b>	Netto (exkl. MWST)	Beiträge Dritter (exkl. MWST)	Brutto (Gesamtvolumen, exkl. MWST)
<b>VBSG</b>			
Gesamtkredit	CHF 353'000	CHF 0	CHF 353'000
Budget 2026	CHF 300'000	CHF 0	CHF 300'000
Budget 2027	CHF 53'000	CHF 0	CHF 53'000

### 4 Weiteres Vorgehen

Die Umsetzung der Massnahmen ist ab Herbst 2026 geplant.

Die Stadtpräsidentin:  
Maria Pappa

Der Stadtschreiber-Stv:  
Andy Markwalder

Beilage:

- Neue Raumeinteilung Bürogebäude VBSG